



**Stadt
Luzern**
Grosser Stadtrat

Postulat Nr. 487 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 4. März 2009

Kieferorthopädie in der Kinder- und Jugendzahnklinik neu evaluieren!

Mit dem Bericht und Antrag 45/2003 vom 29. Oktober 2003: „Erweitertes Betriebskonzept Schulzahnklinik“ hat der Stadtrat dem Parlament seine Vorstellungen von der Entwicklung der Kinder- und Jugendzahnklinik (KJZK) und deren Erweiterung um den Bereich Kieferorthopädie dargestellt. Am 5. Februar 2004 hat der Grosse Stadtrat dem Antrag des Stadtrates zugestimmt. Damit wurde der Stadtrat beauftragt, den Bereich Kieferorthopädie in der KJZF einzurichten und zu betreiben.

Im Sommer 2008 wurden dem Stadtrat mittels einer Interpellation und im Rahmen eines Postulates aus dem Grossen Stadtrat verschiedene Fragen gestellt. Mit der Beantwortung dieser Fragen stellt der Stadtrat u. a. fest, dass die Prognosen aus dem B+A 45/2003 in etwa eingetroffen seien. Dies, obwohl in der Kieferorthopädie mit einem kleineren Pensum als ursprünglich vorgesehen gearbeitet wurde. Die Kieferorthopädie an der KJZK trage dazu bei, das Defizit der Dienstabteilung zu verringern. Aber er weist auch auf Schwierigkeiten hin. Zum Beispiel macht er darauf aufmerksam, die öffentliche Hand könne bei der Besetzung der kieferorthopädischen Stelle mit den Beträgen der Besoldungsordnung nicht mithalten. Die Folgen seien: schwierige Rekrutierung und hohe Fluktuation. Das Ganze sei kein spezifisches Luzerner Problem, sondern zeige sich an allen Kinder- und Jugendzahnkliniken der Schweiz. Abschliessend nahm der Stadtrat das Postulat 423, Christoph Brun namens der FDP-Fraktion, vom 16. Juli 2008: „Mehr Biss für die Kinder- und Jugendzahnklinik“ entgegen und stellte dabei in Aussicht zu prüfen, welche Möglichkeiten bezüglich KJZK bestehen. Als Konsequenz aus der Auswertung des Littauer Modells (Untersuchung durch private Zahnärzte) werde auch eine Privatisierung der KJZK geprüft.

Bekanntlich werden aus Kreisen der Luzerner Zahnärzte-Gesellschaft, besonders aber der Vereinigung der Luzerner Kieferorthopäden, Zweifel an der Qualität des Bereiches Kieferorthopädie der KJZF geäussert. Die Fachpersonen bemängeln speziell die fehlende Kontinuität der kieferorthopädischen Behandlung an der KJZF. Begründet werden diese Zweifel durch den zu häufigen Wechsel der Stelleninhaber, die langen Unterbrüche in der Stellenbesetzung und auch durch offenbar umstrittene Therapien des zuständigen Personals.

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

Gemäss einer Medienmitteilung vom 6. Februar 2009 haben Gemeinderat von Littau und Stadtrat von Luzern entschieden, die bewährte, in Littau und Luzern unterschiedliche Praxis im Bereich der Schulzahnpflege beizubehalten“. Auch werde der Bereich der Kieferorthopädie in Luzern wieder aufgenommen. Allerdings soll in Änderung der bisherigen Praxis analog privater Zahnarztzentren eine auf eigene Rechnung arbeitende Person „eingemietet“ werden.

Den Postulanten ist bekannt, dass die Luzerner Zahnärzte-Gesellschaft bezüglich dieses Schritts erhebliche Vorbehalte angemeldet hat. Sie glaubt keinesfalls, dass damit die offenkundig vorhandenen Probleme des Bereichs Kieferorthopädie der KJZK gelöst werden können. Sie favorisieren in einem Schriftwechsel mit der städtischen Bildungsdirektion das langjährig bewährte Konzept der KJZK Zürich.

Wir ersuchen den Stadtrat um die Prüfung der Änderung des vom Grossen Stadtrat gefassten Beschlusses vom 5. Februar 2004. Damit könnte die jetzt beabsichtigte Weiterführung des Bereichs Kieferorthopädie der KJZK zugunsten einer allenfalls besseren Lösung aufgehoben werden. Im Weiteren wird der Stadtrat eingeladen, seine Überlegungen und Planungen vorgängig der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlaments zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Markus Mächler und
Silvio Bonzanigo
namens der CVP-Fraktion

Trudi Bissig-Kenel
namens der FDP-Fraktion